

# Pressemitteilung

Köln, 26. April 2018

## **Änderungen an Solvency II dürfen nicht zum unkoordinierten Flickenteppich werden**

**„Solvency II hat mit seinem risikoorientierten Ansatz in den vergangenen Jahren erheblich zur Stabilisierung der Versicherer in Europa beigetragen. Daher sollten Änderungen nur mit Augenmaß vorgenommen werden, um diese positive Entwicklung nicht zu gefährden“, zeigte sich der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV), Dr. Guido Bader, heute in Köln angesichts des bevorstehenden Reviewprozesses von Solvency II besorgt.**

Anders als in der mehr als zehnjährigen Vorbereitungsphase verzichtet die Europäische Versicherungsaufsicht (EIOPA) zunehmend auf gesamthafte Auswirkungsstudien. Vielmehr würden angedachte Modifikationen an den Solvency-II-Elementen nicht oder nur isoliert voneinander getestet. „Damit droht dieser wichtige Reviewprozess zum Flickenteppich zu werden, bei dem mögliche Wechselwirkungen und Rückkopplungen vollkommen unberücksichtigt bleiben“, so Dr. Bader. Dies kann nach Analyse der DAV zu unabsehbaren Verwerfungen auf dem Versicherungsmarkt führen. Hiervon wäre speziell die deutsche Lebensversicherungswirtschaft betroffen, die mit ihren langfristigen Garantiezusagen und garantierten Rückkaufswerten sehr sensibel auf Änderungen der Berechnungslogik reagiert.

Besonders besorgt sind Deutschlands Aktuare über die vorgesehenen Modifikationen an der sogenannten risikofreien Zinsstrukturkurve, die ein Kernelement der marktkonsistenten Bewertung von Versicherungspflichten ist. Denn jede Änderung an den Modellen kann dazu führen, dass die Unternehmen mehr Risikokapital vorhalten müssen, ohne dass sich ihre reale Risikotragfähigkeit geändert hat. „Daher sollten Anpassungen an den Modellen nur mit größter Vorsicht erfolgen“, unterstrich Dr. Bader. Zugleich appellierte er an die EU-Kommission, die vorgesehenen Modifikationen sachgerecht und im Einklang mit der Solvency-II-Richtlinie und der Omnibus-II-Einigung durchzuführen. „Ansonsten drohen die einst nach langen Verhandlungen gefundenen politischen Kompromisse wieder aufgeweicht zu werden“, so Dr. Bader abschließend.